

Führer durch die Ausstellung

Unter dem Hakenkreuz

**Lemgo zwischen
„Machtergreifung“
und Volksgemeinschaft**

Einleitung

Die Ausstellung umfasst 9 Themenblöcke sowie eine Audio- und eine Lesestation. Zu einzelnen Persönlichkeiten der NS-Zeit in Lemgo gibt es auch biographische Überblicke.

Themenblöcke

- *Ablauf der Machtergreifung und Gleichschaltung in Lemgo* S. 04
- *Ehrenbürgerschaften und (Alte) „Kämpfer“ – Lemgo im Fest* S. 09
- *Hitlerjugend in Lemgo* S. 12
- *Fahne und Rassenpolitik – Lemgoer Schulen* S. 13
- *Ausgrenzung und Emigration – Juden in Lemgo* S. 14
- *Wehrmacht in Lemgo – Heldengedenktag* S. 18
- *Eindrücke aus der NS-Zeit in Lemgo* S. 19
- *Arbeitsfront und Betriebsgemeinschaft – Wirtschaft in Lemgo* S. 20
- *Anpassung und Gleichschaltung – Lemgoer Vereine* S. 22

Die folgenden Texte sollen helfen, Hintergründe und Zusammenhänge der ausgestellten Exponate zu verdeutlichen. Sie dienen als Orientierung und Wegweiser durch die Ausstellung.

An der Audiostation hören Sie einen Rundfunkbeitrag der Sendung „Werkpause“ aus dem Jahr 1937. Die Aufnahme wurden in den Werkshallen der Lemgoer Leinenweberei Kracht gemacht. Die Werkpause war eine Unterhaltungssendung, die seit 1936 vom Reichssender Köln (bis 1940) reichsweit ausgestrahlt wurde. Die Sendung war eine Wort-Musik-Sendung aus Industriebetrieben und diente der leichten Unterhaltung. Trotzdem wurde dabei natürlich auch ideologische Anschauung transportiert.

Die Lesestation besteht aus mehreren Kästen, die jeweils Dokumente, Bücher oder Fotos zum Thema der Ausstellung enthalten, die aber zu umfangreich für die Ausstellungstafeln oder Vitrinen sind.

Die Kästen lassen sich an der vorderen Klappe öffnen und der Schuber herausziehen.

Inhalt der Kästen:

- *Eine jüdische Bürgerin Lemgos – Erinnerungen von Karla Raveh, geb. Frenkel, an Heimat, Deportation und Befreiung*
- *Das Frauenbild in der NS-Zeit - Denkschrift des Direktors des städtischen Lyzeums Dr. Schmidt über die Angliederung einer einjährigen Frauenschule an das Lyzeum Lemgo*
- *Eine jüdische Stiftung - Abschrift der Stiftungsurkunde für die Moritz-Kabaker-Stiftung vom 29.11.1918*
- *Eine Mädchenschule in der NS-Zeit - Jahresbericht des städtischen Lyzeums . Chronik der Schule 1933/34*
- *Die Kommune in der NS-Zeit – Der Gemeindetag. Zeitschrift für deutsche Kommunalpolitik. Kommentar zur Deutschen Gemeindeordnung, Einleitung [1935]*
- *Die „Lippische Durchbruchsschlacht“ im Lippischen Landtagswahlkampf Januar 1933 – Arno Schröder, Hitler geht über die Dörfer (1938)*
- *HJ in Lemgo - Erinnerungen eines Zeitzeugen*
- *Wahlkampf in Brake 1932 – aus dem Erlebnisbericht eines NSDAP-Mitgliedes*
- *„Alle sollen fröhlich sein!“ – Das ‚Dritte Reich‘ im Fest – Museums-Materialien Nr. 5/1997*
- *Eine Kaserne für Lemgo – Standortchronik für die Blomberg-Kaserne (Spiegelberg)*
- *Werkpause in Lemgo – Fotos der Sendung vom 18.2.1937 in der Firma Kracht & Co*

Für Schulen gibt es einen eigenen Vorlagenordner, der Exponate der Ausstellung als Kopiervorlagen enthält. Darüber hinaus sind noch eine Reihe weiterer Materialien im Ordner enthalten, die keinen Eingang in die Ausstellung gefunden haben. Für weitere Informationen fragen Sie bitte das Archivpersonal.

Die gezeigten Exponate stammen - bis auf die nachfolgend genannten Ausnahmen - aus den Beständen des Stadtarchivs Lemgo. Ein Teil der in Reproduktion wiedergegebenen Fotoaufnahmen wurden von Herrn Hartmut Walter, Lemgo, aus dem Nachlass der Fotografenfamilie Ohle zur Verfügung gestellt. Alle Zeitungsartikel aus dem Jahr 1933 wurden freundlicherweise durch die Lippische Landesbibliothek reproduziert. Die Fotoaufnahme von Rosalie Gumpel basiert auf dem Nachlass Gumpel im städtischen Museum Hexenbürgermeisterhaus. Die Texttafeln zu Ernst Frenkel und der Freiwilligen Feuerwehr Lemgo entstammen dem Deutschen Feuerwehrmuseum in Fulda. Die Freiwillige Feuerwehr Lemgo stellt für die Ausstellung eine Dokumentensammlung für die Lesestation zur Verfügung.

Thema:

Machtergreifung vor Ort – Lemgo zwischen Wirtschaftskrise und Gleichschaltung

Wirtschaftsentwicklung

Lemgo war in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts – trotz verschiedener industrieller Ansätze – immer noch durch zahlreiche Kleinlandwirtschaften geprägt. Im gewerblichen Sektor waren die Holzverarbeitende Industrie und die Möbelherstellung vorherrschend. Daneben existierte eine rückläufige Wagenproduktion sowie Betriebe der Fahrradherstellung, der Lebensmittelverarbeitung, der Zigarrenproduktion und der Leinenweberei. Diese Verbrauchsgüterindustrie geriet ab Ende der 1920er und Anfang der 1930er Jahre in eine schwerwiegende Absatzkrise, die schon vor der eigentlichen Weltwirtschaftskrise einsetzte. Die Zahl der Erwerbslosen ging in die Höhe. Im August 1931 lag Lemgo, was die Zahl der Erwerbslosen betraf, an der Spitze aller lippischen Kommunen. Die Ausgaben der Stadt Lemgo für die Wohlfahrtspflege stiegen ab 1931 deutlich an. Ein Bericht des Bürgermeisters Gräfer nach 1933 skizziert die damalige Entwicklung rückblickend. Investitionen zur Belebung der Wirtschaft durch die Kommunen waren so nicht mehr möglich. Öffentliche Aufträge gingen zurück. Die Ausgabebelastungen der Städte und Gemeinden hohlten das bisherige Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung aus. Die eigentlichen Entscheidungen wurden nicht mehr in den Stadt- und Gemeindeparlamenten getroffen, sondern von oben und durch den Leiter der Verwaltung bestimmt. In den Verwaltungsberichten der Stadt nach 1933 zeigte sich dann die geänderte Lage – nicht zuletzt auch in psychologischer und politischer Hinsicht. Die Zukunftserwartungen wurden deutlich optimistischer. Bauinvestitionen wurden nunmehr getätigt (Zahl der Bauanträge stieg) und die Zahl der Erwerbslosen ging immer deutlicher zurück.

Wahlen

Angesichts der schlechten Lage der Erwerbslosen bildete sich Anfang der 1930er Jahre ein Kampfausschuss der Erwerbslosen in Lemgo. Sie veranstalteten Demonstrationen und stellten Anträge an die Stadtverordnetenversammlung, die aber meistens abgelehnt wurden. Die Spannungen und Konflikte nahmen zu. Bei der Reichstagswahl von 1928 wurden in Lemgo erstmals Stimmen für die NSDAP abgegeben; bei den Reichstagswahlen 1930 waren es bereits 25,5 %, 1932 wurden 44,1 Prozent erreicht, die nur noch von der Reichstagswahl im März 1933 übertroffen wurden.

Die politischen Parteien des Bürgertums und der Mitte wurden in der Endphase der Weimarer Republik von KPD und NSDAP angegriffen. 1932 wurden die Lemgoer viermal an die Wahlurne gerufen. Die aufgeheizte Atmosphäre des fast permanenten Wahlkampfes führte zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den beiden paramilitärischen Kampfverbänden von KPD und NSDAP, auch in Lemgo und Brake (siehe zu den Wahlkämpfen auch die Lesestation). Die Gruppe der Er-

Unter dem Hakenkreuz – Lemgo zwischen „Machtergreifung“ und Volksgemeinschaft
werbslosen wurde dabei von NSDAP und KPD heftig umworben, teilweise wurden auch gemeinsame Anträge in der Stadtverordnetenversammlung gestellt. Einem gemeinsamen Aufruf verschiedener karitativer Vereine und Organisationen sowie Parteien (ohne KPD) vom November 1932 zur Linderung der Not der Erwerbslosen in den Wintermonaten, war ein gleichlautender Aufruf, der ursprünglich nur vom Stadtverordnetenvorsteher Betz (NSDAP) unterzeichnet war, vorausgegangen. Der NSDAP gelang es zunehmend einen festen Platz in der Mitte der Gesellschaft zu erlangen und Interessen der Bevölkerung für eigene Ziele zu instrumentalisieren.

In den 1920er Jahren (bis 1932) beherrschten die Listen der bürgerlichen Parteien (im „Vereinigten bürgerlichen Wahlvorschlag“) das Lemgoer Stadtparlament mit ihren Stadtverordneten. Eine zweite bürgerliche Liste war die „Liste Schlepper“, benannt nach dem Gastwirt und Hotelier Fritz Schlepper, oder auch „Bürgerliche Mitte“ genannt. Die Kandidaten entstammten dem alteingesessenen Bürgertum und hatten in der Lippischen Post mit dem Herausgeber Carl Wagener ihr Sprachrohr. Die SPD war bis 1929 zweitstärkste Kraft nach den bürgerlichen Parteien und gewann bis dahin immer Stimmen hinzu. Nach 1929 ergaben sich deutliche Stimmenverluste, die erst nach 1932 wiedergewonnen und einigermaßen stabilisiert werden konnten.

Die KPD war in der Weimarer Republik von Anfang an in Lemgo vertreten. Nur in der Mitte der 1920er Jahre musste sie Verluste hinnehmen, 1930 war sie bereits an dritter Stelle und 1932 zweitstärkste Partei nach der NSDAP und deutlich vor der SPD. Erst bei der Landtagswahl im Januar 1933 traten Stimmenverluste ein.

Es ist zu vermuten, dass nach dem Auseinanderbrechen der bürgerlichen Wahlvorschläge 1928, die ehemaligen Wähler zunächst entweder Wahlenthaltung übten oder eine der Nachfolgruppierungen 1929 wählten. 1930 fanden sich diese Wähler dann bei der NSDAP wieder.

Die Lippische Landtagswahl vom 15.1.1933 wurde von der NSDAP zu einer nationalen Entscheidungswahl, ja „Durchbruchsschlacht für die nationale Sache“ hochstilisiert. In Lippe waren 900 Wahlveranstaltungen mit über 90 Rednern angesetzt worden. Dabei entfiel eine deutliche Mehrheit der Kundgebungen auf die NSDAP, die mit Adolf Hitler und zahlreicher Parteiprominenz in Lippe einrückte. Von der politischen Opposition wurde dieser Schritt als „Hitler geht auf die Dörfer“ karikiert (vgl. dazu auch die Lesestation). Die Führung der NSDAP erhoffte sich damit, die Verluste bei der Reichstagswahl im November 1932 vergessen machen zu können, und ein Signal für die NSDAP zu setzen. Die Erinnerung an diese Landtagswahl wurde in der NS-Zeit zu einem jährlichen wiederkehrenden Bestandteil der Lemgoer Fest- und Erinnerungskultur bis 1945 (siehe dort). Auch für den altherwürdigen Kegelverein der Umma (seit 1854) war der Auftritt Hitlers in Lemgo am 11. Januar 1933 eine farbige Zeichnung im Kegelbuch wert.

Machtergreifung und Gleichschaltung

Einige Tage nach der Übertragung der Kanzlerschaft auf Adolf Hitler am 30. Januar 1933 gab es eine organisierte Feier mit einem Umzug von SA, SS und Stahlhelm durch die Straßen Lemgos und abschließenden Reden auf dem Marktplatz. Hier wurde bereits von „nationaler Erhebung“ und von einem „neuen Deutschland“ gesprochen. Der Aufruf, sich in die nationale Front einzureihen und die Schwarz-Weiß-Rote Fahne als Symbol des alten Reiches und die Hakenkreuzfahne als Zeichen des neuen Deutschlands, des „Dritten Reiches“, wurden rasch zu wiederkehrenden Motiven in den nächsten Wochen und Monaten. Im Kegelbuch der Umma findet sich auch dieser Dualismus aus beiden Fahnen in einer entsprechenden Zeichnung. Nach der Reichstagswahl am 5. März 1933 wurde die Reichsflagge Schwarz-Rot-Gold öffentlich auf dem Marktplatz in Lemgo (und vielen anderen Städten) verbrannt und damit symbolisch die Weimarer Republik und die mit ihr verbundene demokratische Tradition vernichtet. Die Verbindung zwischen alten und neuen Eliten wurde medienwirksam im sogenannten „Tag von Potsdam“ am 21. März 1933 in der Garnisonskirche in Potsdam mit der Konstituierung des neuen Reichstages in Szene gesetzt. Reichskanzler Hitler und Reichspräsident von Hindenburg reichten sich die Hände und bezeugten damit das Zusammengehen des alten, preußischen Deutschlands mit der neuen, nationalsozialistischen Bewegung. Dieses Ereignis wurde auch in Lemgo feierlich begangen, was entsprechende Zeitungsberichte dokumentieren. Die Konterfeis von Hindenburg und Hitler zieren – ganz zeitgemäß – auch hier wieder das Kegelbuch der Umma.

Die tatsächlichen Machtverhältnisse in Lemgo änderten sich dann in Folge des 1. Gleichschaltungsgesetzes vom 31. März 1933. Vorher waren aber bereits die Kommunisten mit der sog. „Reichstagsbrandverordnung“ vom 28.2.1933 politisch ausgeschaltet worden und befanden sich danach auf der Flucht oder im Untergrund. Die Gleichschaltung bedeutete die Anpassung aller Länder- und Kommunalparlamente an die Ergebnisse der Reichstagswahl vom 5. März 1933. Damit war ein wesentlicher Schritt zur weiteren Zentralisierung und Auflösung des deutschen Föderalismus getan. Aus den Wahlvorschlägen der Parteien bzw. Vereinigungen wurden 11 Sitze für die NSDAP, 4 Sitze für die SPD und die restlichen 3 Sitze auf Kampffront, DVP und EVD (Evangelischer Volksdienst) aufgeteilt. In der ersten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 28. April 1933 wurden die Stadtverordneten der SPD von der NSDAP heftig angegriffen. Sie verließen schließlich protestierend den Ratssaal und nahmen damit die tatsächliche Nichtwahrnehmung ihrer Mandate im Juli 1933 vorweg. Nach dem Ausscheiden des Stadtverordneten Kuhlmann vom EVD im August 1933 waren die Nationalsozialisten im Stadtparlament unter sich. Der letzte Schritt war die Umstellung der bisherigen Gemeindeverfassung auf das Führerprinzip mit der Deutschen Gemeindeordnung von 1935. An Stelle der Stadtverordneten trat ein Gremium von 12 Ratsherren, die den Bürgermeister aber nur beraten sollten. Die Ernennung der Ratsherren wie der Beigeordneten anstelle

Unter dem Hakenkreuz – Lemgo zwischen „Machtergreifung“ und Volksgemeinschaft

des Magistrats konnte nur in Übereinstimmung mit dem Beauftragten der NSDAP erfolgen – für Lemgo der Kreisleiter Prüßner. Der Einfluss der Partei auf die Gemeindeverwaltung war damit abgesichert. Auf Reichsebene fanden zwar noch Wahlen (insgesamt drei) nach dem 5. März 1933 statt, die aber nicht mehr demokratischen Regeln entsprachen. Andere Parteien (da bereits verboten oder selbstaufgelöst) traten nicht mehr an; es gab nur eine Einheitsliste der NSDAP. Nach der Novemberwahl 1933 (verbunden mit der Volksabstimmung über den Austritt aus dem Völkerbund) fanden 1936 und 1938 Reichstagswahlen statt. In den Akten des Stadtarchivs zu diesen Wahlen finden sich eine ganze Reihe von Eingaben Lemgoer Bürger, die mit Nachdruck ihr Wahlrecht einforderten und ihre Zustimmung zum Kurs der NS-Regierung kundtun wollten. Dies, obwohl das Ergebnis eigentlich schon vorher feststand. Die trotzdem abgegebenen Nein-Stimmen wurden als ungültig eingestuft; leere Stimmzettel als Zustimmung. Juden durften an den Wahlen nach 1933 nicht mehr teilnehmen, da sie 1935 mit dem neuen Reichsbürgergesetz das Wahlrecht verloren hatten. Im Zuge der Machtergreifung kam es im März 1933 in vielen Kommunen zu Entlassung von bisherigen Amtsinhabern und Ersetzung durch sog. „Alte Kämpfer“, also langjährigen und verdienten Mitgliedern der NSDAP, die mit einem sicheren Posten versorgt werden sollten. Dies scheint in Lemgo in nicht nennenswertem Umfang geschehen zu sein. Abweichend davon stellt sich der Fall des Leiters des Lemgoer Gymnasiums, Dr. Walter, dar, der im April 1933 beurlaubt wurde. Sein Fall soll aber in dieser Ausstellung nicht näher thematisiert werden, da er auch kein städtischer Bediensteter war. In der Lemgoer Stadtverwaltung selbst ist lediglich die Zurückstufung eines städtischen Beschäftigten und die Entlassung des Leiters des Licht- und Wasserwerkes, was aber wohl eher auf Korruptionsvorwürfe zurückzuführen ist, bekannt. Trotzdem gibt es immer wieder Rundschreiben vorgesetzter Stellen, die auf die Versorgung von Nationalsozialisten im öffentlichen Dienst hinweisen, analog zu den Versorgungsanwärtern, also ehemaligen Soldaten. Bei Beförderungen spielte die politische Ausrichtung und das Verhalten in der sog. „Kampfzeit“ vor 1933 eine wichtige Rolle. Nach 1938 wurde auf Bestreben Heinrich Himmlers als Chef der deutschen Polizei aktiv dafür geworben, dass Ordnungspolizisten der SS (Schutzstaffel) beitreten sollten, unter Angleichung ihres Dienstgrades. Dies geschah auch in Lemgo. Dabei wurde ein Bewerbungsverfahren durchgeführt, das auch die Zuverlässigkeit als Nationalsozialist prüfte. Entgegen den Behauptungen nach 1945 geschah dies nicht zwangsweise, wenn auch in Einzelfällen Druck ausgeübt wurde.

In einem Verwaltungsbericht der Stadtbücherei wird auch deutlich, dass die „neue“ nationalsozialistische Literatur beschafft und anscheinend bei der Bevölkerung durchaus nachgefragt war. Vermutlich wollte man sich auf die Ansprüche und Forderungen der NS-Machthaber vorbereiten. Die politischen Gegner (insbesondere SPD, KPD und Juden) verfolgte man mit dem polizeilichen Instrument der Schutzhaft, das rechtsstaatlich nicht überprüft werden konnte oder zeitlich begrenzt war. Die erste große Verhaftungswelle in Lippe erfolgte Mitte März 1933 und dann zum 1. April,

Unter dem Hakenkreuz – Lemgo zwischen „Machtergreifung“ und Volksgemeinschaft
dem Tag des sog. Judenboykotts. Anhand einer Auflistung der Verpflegungskosten der Schutzhäftlinge kann rekonstruiert werden, dass sich im April 1933 37 Männer in Schutzhaft in Lemgo befanden. Ab Juli 1933 mussten die Schutzhäftlinge die Kosten der Haft selbst tragen, was gerade für die Armen eine erhebliche Belastung darstellte. In Lemgo war ein Hort des Widerstandes besonders die Schuhstraße, wie aus einem mit zahlreichen Unterschriften versehenen Bürgerantrag hervorgeht, gerade diese Straße in Adolf-Hitler-Straße umzubenennen.

Thema:

Ehrenbürgerschaften und (Alte) „Kämpfer“ – Lemgo im Fest

Ehrenbürgerschaften

Die Verleihung von Ehrenbürgerschaften war in der NS-Zeit nicht zuletzt ein wirksames Mittel, um die Übereinstimmung der politischen Gemeinde mit den Repräsentanten des NS-Staates zu verdeutlichen. In erster Linie war natürlich Adolf Hitler Adressat zahlreicher Ehrenbürgerschaften, die rasch überhand nahmen, so dass nur noch in Ausnahmefällen eine Ehrenbürgerschaft verliehen werden sollte. Auf der Stadtverordnetensitzung vom 15.3.1933 wurde der Beschluss gefasst, sowohl Adolf Hitler als auch Hindenburg die Ehrenbürgerwürde zu verleihen. Die Ehrenbürgerurkunde an Adolf Hitler wurde ihm persönlich durch Bürgermeister Gräfer im Januar 1934 überreicht. Anscheinend ging sie im Laufe des Zweiten Weltkriegs im besetzten Teil Frankreichs verloren, bis sie 1986 von einem Deutschen im Besitz eines Pariser Hoteliers entdeckt wurde. Über die Vermittlung der europäischen Partnerstadt Vandoeuvre gelangte sie dann 1987 wieder nach Lemgo ins Stadtarchiv. Im Text der Ehrenurkunde wird Bezug genommen auf die beiden Reden, die Hitler bis dahin (1933) in Lemgo gehalten hatte. Die weiteren Ehrenbürgerschaften an SS-Brigadeführer Schaub, Gauleiter und Reichsstatthalter Dr. Meyer und Reichsinnenminister Dr. Frick wurden durch die NSDAP angeregt. Im Falle Schaub durch den Gauleiter Dr. Meyer, in den Fällen Dr. Meyer und Dr. Frick über den Gauamtsleiter und Stadtrat Walter Steinecke. Einzige Ausnahme bildet die Verleihung an den Reichsleiter Alfred Rosenberg, der lange Zeit als Chefideologe des Dritten Reiches galt. Hier scheint die Anregung durch den Bürgermeister Gräfer selbst erfolgt zu sein. Bei einem Besuch Rosenbergs in Lemgo anlässlich des Erinnerungstreffens 1937 wurde ihm die Urkunde überreicht und – als Besonderheit – eine Original Lemgoer Hexenprozessakte. Im Vorfeld der Übergabe der Prozessakte hatte Gräfer einen längeren Schriftwechsel mit der Reichsstelle für Sippenforschung in Berlin, die von dem Vorhaben des Bürgermeister nicht angetan war. Hier setzte sich Gräfer aber mit fragwürdigen Argumenten durch, so dass sich heute anstatt des Originals nur eine Kopie im Stadtarchiv befindet. 1937 erhielt auch Heinrich Himmler für seinen berüchtigten Hexen-Sonderauftrag ebenfalls eine Hexenprozessakte, die sich heute in Posen (Polen) befindet. 1939 wurde dem Gauleiter Alfred Meyer eine Schmähchrift mit einer Skizze aus dem 17. Jahrhundert in einer Erinnerungsmappe geschenkt, deren Verbleib ebenfalls unbekannt ist. Über die Gründe, warum Gräfer insbesondere Rosenberg die Ehrenbürgerschaft angedeihen lassen wollte, kann man nur spekulieren. Naheliegend ist, dass Gräfer die Ehrenbürgerwürde als Ergebnisadresse an Rosenberg auffasste, der mit seinem Amt Rosenberg (als Einrichtung zur ideologischen Überwachung der NSDAP) auch für Freimaurerfragen zuständig war. Hier lag genau der Schwachpunkt Grä-

Unter dem Hakenkreuz – Lemgo zwischen „Machtergreifung“ und Volksgemeinschaft
fers, als ehemaligen Angehörigen einer solchen Freimaurerloge, die auch ein Parteiausschlussverfahren für ihn zur Folge hatte.

Erinnerungstreffen der „Alten Kämpfer“

Die Erinnerung an die sogenannte „Durchbruchsschlacht“ bei der lippischen Landtagswahl 1933 wurde in den folgenden Jahren ein wiederkehrendes Ereignis in den „Erinnerungstreffen der Alten Garde“. Zu dieser Gelegenheit kamen Prominente der NSDAP (u. a. Hitler, Schaub, Rosenberg, Ley, Frick u. a.) nach Lippe und nach Lemgo. Die Stadt nahm dies – noch bis fast zum Ende des Krieges – zum Anlass, die besondere Verbundenheit der Stadt und ihrer Bevölkerung mit der NS-Führung zu verdeutlichen. Alle Lemgoer waren aufgerufen mitzuwirken, meist in Gruppen (HJ, Vereine, Firmen...). Die Stadt wurde dabei festlich geschmückt und gemeinsame Veranstaltungen auf dem Marktplatz oder auf dem Schützenplatz organisiert. Selbst die Häuser in der Mittelstraße und in den angrenzenden Straßen sollten saniert werden, was aber von den Hausbesitzern nicht immer mit Begeisterung aufgenommen wurde. Gerne wies man dabei auf andere Bürger hin, die der Aufforderung auch nicht oder nur unvollkommen nachkamen. Im Jahr 1939 wurde das Treffen besonders prachtvoll gestaltet und mit einem „Guckkasten“ auf dem Lemgoer Marktplatz versehen. Dabei wurden Szenen und Personen aus der Stadtgeschichte mit Laiendarstellern gezeigt, die vom Gymnasiallehrer und Stadthistoriker Karl Meier kommentiert wurden. Dr. Alfred Meyer nutzte diese Erinnerungstreffen sicherlich auch zur Kontaktpflege mit den NS-Machthabern, wenn diese in seinem Gau in Lemgo und Lippe Station machten. Auch sein Gauamtsleiter Steinecke engagierte sich bei diesen Gelegenheiten und regte die Herstellung eines Glockenspiels im städtischen Spielturn der St. Nikolai-Kirche an, das durch Spenden finanziert, nationalsozialistische und heimatkundliche Lieder spielte. Die Anspielung auf solche Musik von einem Kirchturm, deutet sicherlich auf das angespannte Verhältnis zwischen der NSDAP und den christlichen Kirchen zwischen 1933 und 1945 hin. Die Erbauung eines Marktbrunnens mit Bezügen zur älteren und jüngeren Stadtgeschichte wurde dann so nicht mehr umgesetzt.

Engelbert-Kaempfer-Ehrungen

Die historische Person Engelbert Kaempfer (1651 – 1716), Arzt und Asienforscher in der Frühen Neuzeit aus Lemgo-Lieme, wurde vom Lemgoer Gymnasiallehrer Karl Meier (1882 – 1969) seit den 1920er Jahren „wiederentdeckt“ und gewürdigt. 1937 konnte Meier die erste Biographie und Reisebeschreibung über Kaempfer veröffentlichen, die in der Rezeption als Beispiel für einen frühen, „echtdeutschen“ Forscher und Vor-„Kämpfer“ der nationalen Sache galt. Die Ehrungen der Person

Unter dem Hakenkreuz – Lemgo zwischen „Machtergreifung“ und Volksgemeinschaft

Kaempfers wurden durch den Gauamtsleiter Walter Steinecke und Gauleiter Alfred Meyer angeregt. Die Schirmherrschaft übernahm 1937 Alfred Rosenberg. Die Organisation der Feiern oblag der Engelbert-Kämpfer-Gemeinde, deren Vorsitzender Bürgermeister Gräfer und stellv. Vorsitzender Karl Meier war. Mit der Kaempfer-Ehrung sollte zugleich ein langfristiges Stadtentwicklungsprojekt mit verschiedenen Baumaßnahmen an Lemgoer Gebäuden und Plätzen verbunden sein. Bei der ersten Kaempfer-Ehrung wurden Gedächtnisorte in Form einer Gedenktafel an seinem Geburtshaus und einem besonderen „Engelbert-Kämpfer-Zimmer“ im Hexenbürgermeisterhaus gebildet. Die Ehrungen vollzogen sich unter Beteiligung japanischer Gäste, die als Bündnispartner enger an das Dritte Reich gebunden werden sollten und für die Kaempfer eine bekannte historische Persönlichkeit war. Natürlich war auch Alfred Meyer und weitere NS-Funktionäre vor Ort. Es fanden Festveranstaltungen auf dem Marktplatz (abends in stimmungsvoller Beleuchtung unter Hakenkreuzfahnen) und im Schützenhaus statt. Als 1938 die zweiten Kämpfer-Ehrungen stattfanden, besuchte auch eine sogenannte Urlauberkameradschaft, bestehend aus SA-Männern aus Hamburg und dem österreichischen Burgenland, für 14 Tage Lemgo und gaben sich den Namen „Engelbert-Kämpfer“. 1939 fand die letzte Kämpfer-Ehrung statt, die bereits mit dem alljährlichen Erinnerungstreffen der Alten Garde zusammengelegt worden war. Während des Krieges gab es keine solchen Ehrungen mehr.

Thema:

Hitlerjugend in Lemgo

Die HJ (Hitlerjugend) wurde als nationalsozialistische Jugendbewegung 1922 gegründet und unterstand zunächst noch der SA. 1932 trat dann Baldur von Schirach (1907 -1974) als Reichsjugendführer an die Spitze der HJ. Die erste HJ-Gruppe in Lippe wurde 1930 in Lage gegründet. Ziele waren Disziplin, Härte, Kameradschaft, Kampfgeist, Treue und Ehre. Die HJ sah sich als eigenständige Instanz neben der Schule und dem Elternhaus und bildet den Übergang zum Reichsarbeitsdienst bzw. Wehrmacht. Nach der Machtergreifung 1933 wurden andere Jugendverbände entweder aufgelöst, gleichgeschaltet oder der HJ eingegliedert. Die Schule wurde zunehmend als Konkurrenz empfunden und dementsprechend massiv gegen missliebige Lehrer vorgegangen. 1934 wurde der Samstag als „Tag der Staatsjugend“ bestimmt, der damit schulfreier Tag war. Mit dem Gesetz über die Hitlerjugend vom 1.12.1936 wurde die freiwillige Mitgliedschaft aufgehoben und durch eine tatsächliche Staatsjugend ersetzt, der jeder ab einem bestimmten Alter angehören musste. Mit 10 Jahren trat man in das Deutsche Jungvolk (DJ) oder in die Deutsche Jungmädelschaft (DJM) ein. Mit 14 wechselte man dann über in die Hitlerjugend (HJ) oder in den Bund Deutscher Mädel (BDM). Die HJ war in Lemgo auch an zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen beteiligt und organisierte eigene, zumeist (wehr-)sportliche Feste und Feiern, die die Größe und Verbundenheit der Jugend deutlich machen sollten. Der Besuch des Reichsjugendführers Baldur von Schirach in Lippe im Oktober 1934 war sicherlich ein Großereignis, zumal er auch in Lemgo Halt machte. Neben diesen „Glanzpunkten“ standen aber häufig finanzielle Fragen im Vordergrund. In Lemgo, wie auch in vielen anderen Orten, war die Unterbringung der HJ, das sog. HJ-Heim, ein Grund fortwährenden Ärgernisses zwischen HJ, Stadt und Anwohnern. Zahlreiche Beschwerdebriefe von allen Seiten legen davon Zeugnis ab. Ein eigenes, neues HJ-Heim wurde jedenfalls nicht errichtet, so dass man sich mit Provisorien am Kastanienwall, Bismarckstraße und Papenstraße durchschlagen musste. Vandalismus war ein häufiges Problem. Die Teilnahme an den Veranstaltungen der HJ war eigentlich Pflicht, aber sehr häufiges Fehlen schien eher die Regel gewesen zu sein. Als Entschuldigungen für das Fernbleiben wurden von den Jugendlichen und ihren Eltern fehlende Finanzmittel und/oder Uniform, dringendere Arbeiten und schlechte Organisation der HJ angeführt. Aus Datenschutzgründen können diese Schreiben, die fast eine ganze Akte füllen, nicht gezeigt werden. Der Bürgermeister als Ortpolizeibehörde war jedoch gezwungen, jedem Fall nachzugehen, verzichtete aber auf Strafverfolgung. In Brake scheint der Konflikt nicht nur mit der Schule, sondern auch mit der Kirche bestanden zu haben, was ein besorgter Brief des Braker Bürgermeisters zeigt. An der Lesestation ist ein Erinnerungsbericht eines ehemaligen Lemgoer HJ-Angehörigen nachzulesen, der den Alltag schildert.

Thema:

Fahne und Rassenpolitik – Lemgoer Schulen

„Ziel des Unterrichts und der Erziehung ist die Bildung des deutschen, politischen Menschen, der unlösbar im eigenen Volk wurzelnd, die Bedeutung von Blut und Boden, die Reinhaltung und Bewahrung von Rasse und Volkstum für das Schicksal seines Volkes erkennt“, so der Lippische Kalender von 1934. Neben Familie und HJ hatte die Schule in der NS-Zeit den klaren Auftrag, den „neuen Menschen“ im Sinne der NS-Ideologie zu erziehen. Mit der Bildung eines Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 1934 wurde die Kulturhoheit der Länder aufgehoben und eine einheitliche, deutsche Schule geschaffen. Dem hatten sich auch die Lehrer anzupassen. Die bisherigen Lehrerverbände wurden in den Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) überführt. Die bis 1937 noch existierenden, eigenständigen lippischen Schulgemeinden (unabhängig von den politischen Gemeinden) wurden nach den Ergebnissen der Reichstagswahl vom 5. März 1933 gleichgeschaltet. Die Ausbildung der angehenden Lehrer erfolgte ganz nach den Maßgaben der NS-Ideologie. Aber auch in den Schulen selbst fand die Umwandlung statt, wie man anhand der „neuen Themen“ wie Rassenkunde oder der Judenfrage in den Konferenzprotokollen des Lemgoer Lyzeums erkennen kann. Patriotische Themen, wie eine Schulflagge, die symbolisch überhöht wurde, rückten in den Vordergrund. Die Unterrichtsfächer wurden vor allem unter dem Gesichtspunkt der Nützlichkeit für das Völkische, die „arische Rasse“ gesehen. Individualität und Intellektualität galten deutlich weniger als körperliche Gesundheit und nationales Denken.

An der Lesestation gibt es einen programmatischen Aufsatz des Direktors Dr. Schmidt vom Lemgoer Lyzeum, der sich über die Rolle und Aufgabe der Frau im Nationalsozialismus, im Gegensatz zu der des Mannes, auslässt und die neue Schwerpunktsetzung deutlich macht.

Im Verlauf des Schuljahres bildeten die zahlreichen NS-Veranstaltungen und nationalen Gedenkveranstaltungen wichtige Fixpunkte. Die Verabschiedung von Entlassschülern wurde zu einer politischen Veranstaltung mit programmatischen Anklängen an das NS-Erziehungsideal. Nur an wenigen Stellen zeigten sich Konfliktlinien, so beim zunehmenden Einfluss der HJ auf den Schulalltag.

Thema:

Ausgrenzung und Emigration – Juden in Lemgo

Im Jahr 1933 gehörten der jüdischen Gemeinde in Lemgo weit über 60 Personen an. So die Familien Abraham, Davidsohn, Frenkel, Gumpel, Hochfeld, Kabaker, Katz, Katzenstein, Lenzberg, Lieblisch, Michaelis, Ostwald und Sternheim. Die soziale und wirtschaftliche Schichtung war durchaus unterschiedlich. Die Brüder Hilmar und Hugo Kabaker mit der gleichnamigen Zigarrenfabrik, den Bankier Lenzberg, den Rechtsanwalt Wahrburg und den Arzt Dr. Hochfeld konnte man sicherlich zu den Honoratioren der Stadt rechnen. Sie betätigten sich in den örtlichen Vereinen (siehe dort) oder gründeten soziale Einrichtungen wie die Moritz-Kabaker-Stiftung 1918 zur Errichtung von „Kleinsiedlungen“ für ehemalige Kriegsteilnehmer. Im Anhang zu diesem Ausstellungsgführer gibt es eine Chronologie der wesentlichen Bestimmungen zur rechtlichen Ausgrenzung und Diskriminierung der Juden.

Der öffentliche Druck in der (nationalsozialistischen) Presse mit antijüdischer Hetze und der Boykottaufruf jüdischer Geschäfte zum 1. April 1933 machten allen jüdischen Bürgern klar, dass man in der neuen Volksgemeinschaft „unerwünscht“ war. Im Sommer 1935 nahm diese Hetze deutlich zu, wie das Foto eines Propagandawagens der Lemgoer SA zeigt. Im August 1935 erging ein Rundschreiben der NSDAP-Kreisleitung an alle Ortsgruppen, das antijüdische Bestimmungen enthielt, die in Lemgo am 12.8.1935 vom Bürgermeister Gräfer, unter Zustimmung der Beigeordneten und des Ortgruppenleiters, in eine Satzung gebracht wurden. Diese Satzung steht durchaus in Bezug zu den Nürnberger Rassegesetzen vom September des gleichen Jahres. Die Juden wurden zunehmend aus dem öffentlichen Raum gedrängt und entrechtet. Ebenfalls im Jahr 1935 wurde auf Anordnung der Gestapo eine sogenannte Judenkartei in Lemgo angelegt, welche listenförmig alle Lemgoer Juden erfassen sollte. In gleicher Weise wurde 1936 der Besitz an KFZ im jüdischen Besitz festgestellt. 1938 erfolgte die Erfassung aller jüdischen Betriebe in Lemgo in einem eigenen Register.

Eine jüdische Stiftung wie die Moritz-Kabaker-Stiftung musste in einem solchen Klima schnell in Verdacht geraten. Bürgermeister Gräfer bemühte sich seit 1936 um die Auflösung dieser Stiftung mit „stark jüdischem Einschlag“, wie er es formulierte. Die Stiftung hätte ihren Zweck erfüllt und könnte deswegen auch aufgelöst werden. Ihre Vermögenswerte sollten dem Kloster St. Loya übereignet werden. Die Stiftungsratsmitglieder Hilmar und Hugo Kabaker – seit 1934 nicht mehr in Lemgo – hätten kein Interesse mehr an der Stiftung bekundet und auf Schreiben nicht reagiert. Die Bestimmung, dass Änderungen in der Stiftung nur unter Beteiligung eines Mitgliedes der Kabaker-Familie (so die Stiftungssatzung) wirksam seien, wurde ignoriert. Zwischen der Stadt und der zuständigen Genehmigungsbehörde für jüdische Stiftungen – das Reichsinnenministerium – entwi-

Unter dem Hakenkreuz – Lemgo zwischen „Machtergreifung“ und Volksgemeinschaft
ckelte sich ein Schriftverkehr, der insbesondere die mögliche Fortexistenz einer solchen Stiftung,
dann aber unter anderem Namen und unter ausschließlicher Leitung „deutscher Volksgenossen“
zum Nutzen von „arischen Deutschen“, diskutierte. Letztlich wurde die Stiftung 1940 mit einer Rei-
he weiterer aufgelöster Lemgoer Stiftungen in die Stiftung „Kloster St. Loyen“ eingebracht.

Die Ereignisse um die Reichspogromnacht am 9. und 10. November 1938 stellten eine neue Quali-
tät der Judenverfolgung da. Die Zerstörung der Lemgoer Synagoge fand in der Nacht vom 9. auf den
10. November gegen 3 Uhr nachts statt. Die Beteiligten (Angehörige einer Lemgoer Möbelfabrik,
sog. Werkschar) waren dazu mit einem Bus von einer Feier an den Externsteinen, über Detmold, wo
sie auch an der dortigen Zerstörung der Synagoge mitwirkten, nach Lemgo gebracht worden. Das
Mobiliar wurde zerstört, teilweise durch die Fenster der Synagoge geworfen, teilweise draußen mit
Torarollen und anderen Kultgegenständen verbrannt. Das Harmonium auf der Empore der Synagoge
wurde heruntergeworfen. In der selben Nacht wurden auf dem alten jüdischen Friedhof am Oster-
torwall Grabsteine zerstört, und auf dem neuen Friedhof an der Konsul-Wolff-Straße Grabsteine
umgeworfen; das nicht mehr benutzte Fotoatelier Erich Katzenstein in der Mittelstraße 107 zer-
stört. Die Synagoge selbst wurde noch nicht in Brand gesetzt. Erst am Vormittag des 10. Novem-
ber drangen Schaulustige, HJ-Jungen und vermutlich eine ganze Schulklasse in die offen stehende
und zerstörte Synagoge ein. Diese Menschen wurden aber wieder von einem Polizeibeamten her-
ausgetrieben. Der Hauswart der Synagoge versuchte wohl das Eisengitter am Eingang zu verschlie-
ßen, wurde aber daran durch einen Elektroingenieur der Stadtwerke gehindert, der erst noch
Stromzähler und Zählerkasten abmontieren wollte bzw. musste. Gegen 13 Uhr wurde die Synagoge
schließlich angezündet. Ein Angehöriger der damaligen Feuerwehr, Gerätewart Gröne, hatte sich
geweigert, Benzin an einen SS-Mann herauszugeben. Deswegen musste sich Gröne verantworten
und gab zu Protokoll, wenn er gewusst hätte, worum es sich handelte, hätte er das Benzin natürlich
herausgegeben.

In der Nacht vom 10.11. auf den 11.11.1938 wurden Fensterscheiben in den Häusern der Witwe
Mathilde Lenzberg (Bismarckstr. 16) und Laura Frenkel (Echternstr. 70) eingeworfen. Die Stalltüre
der Witwe Emilie Davidsohn (Schuhstraße 28) wurde ebenfalls beschädigt. Im Bericht des Bürger-
meisters als Ortspolizeibehörde an die vorgesetzte Dienststelle wurde berichtet, dass ein Teil der
Bevölkerung die Aktion nicht verstanden hätte und der Meinung wäre, das Gebäude der Synagoge
hätte nützlicher verwertet werden können. Sonstige Unmutsäußerungen in diesem Zusammenhang
sind nicht bekannt.

Die eisernen Tore des alten und neuen Judenfriedhofes wurden auf Anordnung des Bürgermeisters
sichergestellt; sie sollten der SA zur Verschrottung übergeben werden. Die 28, teilweise beschädig-
ten Grabsteine auf dem alten Judenfriedhof wurden auf dem Fillerbruche gelagert und dort auf An-

Unter dem Hakenkreuz – Lemgo zwischen „Machtergreifung“ und Volksgemeinschaft weisung des Bürgermeisters zerstört. 1948 wurden an Stelle der ursprünglichen Grabsteine auf dem alten Judenfriedhof jüdische Grabsteine aus Hohenhausen aufgestellt.

Am 10. November 1938 wurden sechs Männer verhaftet, nachdem ihre Wohnungen nach Waffen durchsucht worden waren, darunter auch Ernst Frenkel und Adolf Abraham. Bei diesen (und anderen) Schutzhäftlingen wurde in bürokratischer Akribie noch aus dem KZ heraus die Führerscheine eingezogen.

Der Fall des Juden Adolf Abraham aus Lemgo zeigt die Ballung mehrerer Faktoren, die zu einer verschärften Verfolgung bei seiner Person führten. Adolf Abraham war das dritte Kind einer jüdischen Familie in Antwerpen. Sein Vater wurde ursprünglich in Lemgo geboren. Die Familie musste in Folge des Kriegsausbruchs 1914 als vermeintlich feindliche Ausländer Belgien verlassen. In Lemgo angekommen, galten sie aber als staatenlos. Auch Adolf Abrahams spätere Frau verlor durch die Heirat mit ihm ihre deutsche Staatsangehörigkeit und wurde genauso staatenlos. Als dritter belastender Faktor – neben der Tatsache, dass er Jude und staatenlos war – kam seine Nähe zur kommunistischen Partei hinzu, die im März 1933 zur Schutzhaft führte. Im September 1933 erfolgte eine 18monatige Gefängnisstrafe wegen Hoch- und Landesverrat. Nach der Reichspogromnacht 1938 wurde er erneut verhaftet und ins das KZ Buchenwald gebracht, wo er nach etwa einem Monat wieder entlassen wurde. Im Oktober 1942 dann seine Deportation nach Auschwitz. Dort kam er im Januar 1943 um. Erst 1953 gelang es seiner Frau die deutsche Staatsangehörigkeit wieder zu erlangen. Ihre gesundheitliche und finanzielle Situation war jedoch inzwischen so schlecht, so dass man ihr die Gebühr für die Wiedereinbürgerung teilweise erließ.

Ab dem 1.1.1939 mussten alle Juden bestimmte Vornamen („Israel“ für die Männer oder „Sara“ für die Frauen) annehmen, was auch in den Lemgoer Standesamtsregistern vermerkt wurde. Der Staat erhöhte Mitte 1939 noch zusätzlich den Druck, indem monatliche Berichte über die Auswanderungsbemühungen der Juden erstattet werden mussten. Zu diesem Zeitpunkt handelte es sich noch um die sog. „Endlösung“, bevor auch in Lemgo 1941 die ersten Deportationen begannen. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits viele Lemgoer Juden, die die finanziellen Möglichkeiten hatten, emigriert, zunächst in größere Städte und dann auch ins (außereuropäische) Ausland.

Mit dem Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden vom 30.4.1939 verschärfte sich die Wohnungssituation der Juden in Lemgo, die quasi in einer Ghettoisierung mündete. Mietverhältnisse mit Juden konnten nun sehr einfach gekündigt werden, wenn man eine ersatzweise „Unterbringung“ der ehemaligen, jüdischen Mieter vorweisen konnte. Es bildeten sich daraus sogenannte Judenhäuser (in Lemgo vier), in denen nur noch Juden lebten.

Der rechtlichen Enteignung folgte recht bald die finanzielle Enteignung der Juden. Für die Schäden der Reichspogromnacht mussten die Juden in einer eigenen Abgabe aufkommen. Mit dem Begriff der Arisierung war eine weitere Möglichkeit der „Entjudung“ gegeben, also des Übergangs jüdischen Besitzes in „arische“ Hände nach Genehmigung durch die zuständigen Behörden. Die jüdische Familie Gumpel hatte 1936 ihr Geschäft in der Mittelstraße aufgeben müssen. 1937 war Rosalie Gumpel zur Witwe geworden; ihre drei Söhne hatten bis 1937 alle die Stadt verlassen. In dieser Situation, im Dezember 1938, meldete sich der Schuhmachermeister Mengedoht beim Bürgermeister als Kaufinteressent. Daraus entwickelte sich ein mehrjähriges Verkaufsgeschäft des Gumpelschen Hauses. Neben Mengedoht tauchte bald auch eine weitere Kaufinteressentin auf, die Mengedoht zwang, sein Angebot zu erhöhen. Frau Gumpel war in einer offensichtlich finanziell schwierigen Situation, da sie zum einen die Vermögensabgabe mit vierteljährlich 600 Reichsmark zu zahlen hatte, zum anderen die Auswanderung ihrer Söhne finanzieren wollte, ganz abgesehen von ihrer eigenen Auswanderung. Im Januar 1939 wurde der Kaufvertrag abgeschlossen. Frau Gumpel blieb aber noch im Hause wohnen, bis sie dann, nach Aufforderung durch Herrn Mengedoht, im August 1939 in das Haus des Lemgoer Juden Sternheim zog. Über die Höhe des Verkaufspreises und über Zinszahlungen gab es noch bis September 1941 gerichtliche Auseinandersetzungen. Im Dezember 1941 wurde Rosalie Gumpel über Bielefeld ins Ghetto Riga deportiert. 1942 sollten die restlichen, noch in Lemgo verbliebenen Juden folgen...

Thema:

Wehrmacht in Lemgo – Heldengedenktag

Bis 1936 war Lemgo nur vorübergehend Garnisons- und Einquartierungsstandort. Erst jetzt bekam Lemgo eine eigene Garnisonsverwaltung. Die ersten Kontakte zur Heeresverwaltung der Reichswehr hatten sich im Januar 1934 ergeben und wurden von Bürgermeister Gräfer und dem Stadtrat mit Nachdruck bis zur Vertragsunterzeichnung Ende 1934 verfolgt. Die Kaserne sollte nicht zuletzt der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen dienen und Einnahmen für die Stadtkasse bringen. Zum 1. Oktober 1936 erfolgte dann die feierliche Einweihung mit dem Einzug der Beobachtungsabteilung 6. In den gehaltenen Reden kommt die besondere Bedeutung der Armee und der Soldaten für das „Dritte Reich“ zum Ausdruck, die an die Traditionen von vor 1918, also vor der Niederlage des Ersten Weltkrieges, anknüpfen sollten und nicht an das als „wehrlos“ geltende „100.000 Mann – Heer“ der Republik. Das „Wehrhafte“ und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht 1935 waren Ausdruck dieses neuen Selbstverständnisses. Die Betonung alles Militärischen und Kriegerischen in der NS-Zeit taten ihr Übriges.

Die Bewertung der Gefallenen des Ersten Weltkrieges erfuhr rasch nach der „Machtergreifung“ einen deutlichen Wandel. Das Sterben der Soldaten auf den Schlachtfeldern wurde als vorbildhafter Opfertod gesehen, dem es galt, in patriotischer Gesinnung nachzueifern. Dies zeigte sich auch bei der Einweihung der sogenannten Heldengedenkorgel in der Lemgoer Marienkirche 1933. Die ursprünglichen Absichten der Kirchengemeinde unter Pastor Eilers in den 1920er Jahren, ein Kruzifix aus der Kirche St. Marien, das sich aber seit langer Zeit im Besitz des städtischen Museums Henxerbürgermeisterhaus befand, für die Heldenehrung zu verwenden, scheiterte am Widerstand der Stadt, das Kruzifix der Kirche auszuhändigen. So wurde die „Schwalbennestorgel“ als Ersatzlösung für die Erinnerungsstätte verwendet. Holztafeln mit den Namen der getöteten Soldaten wurden an der Unterseite der Orgel angebracht. Die Ereignisse des Jahres 1933 und die neuen Machtverhältnisse berührten natürlich auch die Einweihung dieser Kriegergedenkstätte.

Unter den NS-Machthabern wurde der bisherige Volkstrauertag, der seit 1926 im ganzen Reich begangen wurde, zu einem staatlichen Feiertag erklärt und 1934 zum Heldengedenktag umbenannt. Die schon in der Weimarer Republik auseinandergelassenen Ansichten über Sinn und Bedeutung des Tages – Erinnerung an das Leid und Aufforderung zum Frieden oder Mahnung zur Opferbereitschaft und nationale Einigkeit – wurden zugunsten der konservativen und revanchistischen Richtung gelöst. Das Totengedenken trat in den Hintergrund. Der gefallene Held und sein Opfer rückten in den Mittelpunkt. Militär und Fahnen prägten zunehmend das Bild der Heldengedenktage. Dies zeigt sich auch bei Fotoaufnahmen aus dieser Zeit in Lemgo. Zeitgleich wurde häufig ein Tag der Wehrmacht veranstaltet, bei dem Zivilisten an Paraden und Vorführungen der Wehrmacht teilnehmen konnten; eine Werbemaßnahme für die deutsche Armee.

Thema:

Eindrücke aus der NS-Zeit in Lemgo

Aus der NS-Zeit in Lemgo gibt es zwar eine ganze Reihe von Fotoaufnahmen, leider fehlen aber häufig die genauen Daten und näheren Umstände der Aufnahmen. So muss vieles im Ungefähren bleiben. Auch die Aufnahme der festlich gekleideten Gesellschaft vor den Hakenkreuzfahnen und mit der Hitlerbüste auf dem Tisch lässt sich nicht genau zuordnen. Handelt es sich dabei um eine Festveranstaltung der Schützen oder eines anderen Vereins? Wann fand diese Veranstaltung statt? Und wo genau? Im Schützenhaus? Im Saal Röding? Auch das Foto vom Marktplatz mit dem Hakenkreuz, gebildet aus Blumenkohl und Äpfeln, ist nicht genau datierbar. Vielleicht ein Arrangement zum Ernte-Dankfest? Oder anlässlich des Besuches einer NS-Prominenz in Lemgo? Die Nachtaufnahmen mit den Leuchtgirlanden über der Straße werden dagegen sicherlich zu Veranstaltungen größerer Art angebracht worden sein, gerne auch bei den „Erinnerungstreffen“ oder den „Engelbert-Kämpfer-Ehrungen“. Das mittlere Bild mit dem Blick auf den bevölkerten und beleuchteten Marktplatz lässt sich zumindest der Engelbert-Kämpfer-Ehrung 1937 zuordnen.

Textdokumente aus Aktenbeständen sind dagegen deutlich einfacher einzuordnen, aber auch hier bleiben manche Fragen offen. So auch bei dem kurios anmutenden Projekt eines Hitler-Turmes auf dem Windelstein (Stadtwald), zu dem es offensichtlich konkrete Planungen gab, der aber nie umgesetzt wurde. Erhebliche Steinmassen und gewaltige Erdbewegungen für Anfahrtswege und Fundament wären zur Realisierung erforderlich gewesen. Vermutlich aus diesem Grund hat es diesen Turm nicht gegeben, aber eine genaue Antwort bleibt die Akte schuldig....

Thema:

Arbeitsfront und Betriebsgemeinschaft – Wirtschaft in Lemgo

Die Wirtschaftspolitik der NSDAP war durch Gegensätze geprägt. Einerseits antikapitalistisch und revolutionär, andererseits antimarxistisch und nationalistisch. Zentral Aspekte waren jedoch eine starke Stellung des Staates (staatlich gelenkte Wirtschaft) und ein Schutz des Privateigentums in formaler Hinsicht, da die Verfügung darüber eingeschränkt war. Sämtliche Unternehmer und Unternehmen waren in die Wirtschaftsordnung eingebunden. Im Arbeitsrecht wurde mit der Auflösung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933 die bisherigen Tarifverhandlungen zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften durch staatlich bestellte Treuhänder ersetzt und damit der Einfluss des Staates auf die betriebliche Lohn- und Sozialpolitik gesichert. Der 1. Mai als „nationaler Tag der Arbeit“ wurde in den folgenden Jahren zu einem staatlichen Feiertag der Volksgemeinschaft umgebaut. Die einzelnen Betriebe, Vereine und Verbände einschließlich der SA und „Stahlhelm“ marschierten militärisch geordnet als geschlossene Gruppen durch die Straßen Lemgos. Im Festablauf wurden auch eine Reihe folkloristischer Elemente eingebunden, wie die Maibaum-Errichtung auf dem Marktplatz mit Hakenkreuzsymbolen, die Wahl einer Mai-Königin und ihrer Teilnahme am Umzug in einem eigenen Festwagen. Einzelne Betriebe und Berufsgruppen gestalteten Motivwagen, die mit propagandistischen Schriftzügen mitzogen. HJ und BDM durften natürlich nicht fehlen. Die Finanzierung und Bezuschussung solcher Veranstaltungen war dabei nicht immer unumstritten. Zum 10. Mai 1933 wurde die DAF (Deutsche Arbeitsfront) gegründet, der bis Herbst 1933 alle Arbeitnehmer beigetreten waren (ab Herbst 1933 auch die Arbeitgeber). Die DAF machte Angebote im Rahmen der Freizeit und Kultur; die KdF (Kraft durch Freude) war auch ein Teil der DAF. In den Betrieben bildeten alle Arbeitenden, einschließlich des Unternehmers eine Gemeinschaft, als Abkehr vom bisher postulierten Gedanken des Klassenkampfes. Im Betrieb galt aber tatsächlich das Führerprinzip, mit einem Betriebsführer, dem die Belegschaft („Gefolgschaft“) zur Treue verpflichtet war. Die Erwerbstätigkeit von Frauen entsprach nicht dem Rollenbild einer Frau im Nationalsozialismus. Ehestandsdarlehen wurden so bis 1937 nur gewährt, wenn die Ehefrau keiner Erwerbsarbeit nachging. Nach 1937 wurde diese Beschränkung aufgrund des Arbeitskräftemangels aufgehoben. Auch in der Stadtverwaltung Lemgo wurde kritisch nachgefragt, ob man nicht die beschäftigten Frauen entlassen könnte, die vielfach noch in der Phase des Ersten Weltkrieges als Ersatz für die im Feld stehenden Männer eingestellt worden waren, was aber abschlägig beschieden wurde. Dienstverpflichtungen waren möglich und die freie Arbeitsplatzwahl eingeschränkt. Zur Belebung der Wirtschaft wurden staatliche Kredite, Steuererlasse und direkte Unterstützungen eingesetzt. Insbesondere Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Baugewerbe wurden eingesetzt, so auch in Lemgo und Brake. Diese Programme basierten allerdings auf ähnlichen, freiwilligen Modellen aus der Endphase der Weimarer Republik: der freiwillige Arbeitsdienst. Sieht man sich jedoch die Richtli-

Unter dem Hakenkreuz – Lemgo zwischen „Machtergreifung“ und Volksgemeinschaft
nien dieser Arbeitsdienste an, so ist die Betonung der Disziplin und des Gehorsams auffällig. Wirtschaftspolitisches Ziel in der NS-Zeit war auch eine Stärkung der deutschen Konsumindustrie und eine zunehmende Autarkie vom Ausland. In Lippe wurde deshalb eine „Deutsche Woche des Lipperlandes“ veranstaltet, die explizit zum Kauf deutscher Waren aufrief. Zusätzlich wurde ein Schaufensterwettbewerb veranstaltet, der auch vom Lemgoer Fotografen Ohle dokumentiert wurde.

Thema:

Anpassung und Gleichschaltung – Lemgoer Vereine

Die politischen Veränderungen nach dem 30. Januar 1933 ließen auch das Vereinsleben in Deutschland und in Lemgo nicht unberührt. Anhand des TV Lemgo von 1863, der Freischießengesellschaft und der Sanitätskolonne des Deutschen Roten Kreuzes in Lemgo werden die jeweiligen Entwicklungen gezeigt. Die Geschichte des jüdischen Feuerwehrmannes Ernst Frenkel bei der freiwilligen Feuerwehr Lemgo und deren Verhalten bei der Reichspogromnacht, können Sie den Texttafeln (Glasfenster Aufsichtsraum) aus dem Deutschen Feuerwehrmuseum Fulda entnehmen. Zusätzlich befindet sich bei der Lesestation eine Dokumentensammlung aus dem Archiv der Freiwilligen Feuerwehr Lemgo zum Fall Frenkel und zur Reichspogromnacht. Bei der Themengruppe „Ausgrenzung und Emigration – Juden in Lemgo“ finden sich auch Informationen zum Ablauf der Reichspogromnacht.

Der 1863 gegründete Turnverein (TV) Lemgo, Mitglied der Deutschen Turnerschaft (DT), ist der älteste Turnverein in Lemgo. Die Wurzeln der Turnerbewegung gehen dabei bis auf die Zeit der Freiheitskriege gegen Napoleon zurück, wobei sich die anfänglich liberale und nationale Haltung der Turner zur konservativen Seite wendete, je mehr sie in der bürgerlichen Gesellschaft der Kaiserzeit angekommen waren. Auf der anderen Seite hatten sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts Arbeitersportvereine, eingeteilt in Kommunisten (Rotsport) und Sozialdemokraten (Freie Turner), gebildet. Die NS-Führung war zunächst skeptisch gegenüber den undurchsichtlichen Vereinsstrukturen der Turner. Im Hinblick auf die „marxistischen“ Vereine, also Rotsportler, waren sich die bürgerlichen Vereine und die neuen Machthaber recht schnell einig: diese sollten aufgelöst werden. Der TV Lemgo ermöglichte es den „Rotsportlern“ aber bereits am 5. März 1933, in den TV überzuwechseln, wenn sie sich überzeugend zu den Zielen der DT bekannten.

In den lippischen Turnvereinen waren nach dem Emanzipationsgesetz von 1858 auch viele Juden Mitglieder geworden. Eigene jüdische Turnvereine gab es nicht. So war 1884 ein Mitglied der Lemgoer Familie Hochfeld Schriftwart beim TV Lemgo, ein Jahr später ist Louis Frenkel als Mitglied dokumentiert (übrigens auch bei der freiwilligen Feuerwehr Lemgo). Ende der 1920er Jahre wurde Ernst Frenkel Mitglied der Vorturnerschaft des TV Lemgo. Passive Mitglieder waren Max und Heinz Hochfeld, der Rechtsanwalt Wahrburg, Adolf Sternheim und die Gebrüder Kabaker.

Diese Tradition wurde durch einen Beschluss des Turnrats unter dem Vorsitzenden Wagener vom 30. April 1933 unterbrochen: Juden wurden aus dem Verein gestrichen. Zu diesem Zeitpunkt war die Gleichschaltung der Vereine noch gar nicht erfolgt; erst Ende April bzw. Anfang Mai bemühten sich die NS-Instanzen eine einheitliche Linie bei den Turnvereinen zu finden. Die damit verbundenen Anordnungen richteten sich vorrangig aber gegen Sozialdemokraten und Kommunisten und forder-

Unter dem Hakenkreuz – Lemgo zwischen „Machtergreifung“ und Volksgemeinschaft

ten Nationalsozialisten im Vorstand. Erst in der Einheitssatzung von 1935 wurde vermerkt, dass nur Volksgenossen, deren Vorfahren Arier waren, Mitglieder des Vereins sein konnten. Die Gleichschaltung wurde dann auf Druck des Gauführers Dröge im April/Mai 1933 durchgeführt, indem der Vorstand des TV geschlossen zurücktrat, um dann später, nachdem der Vorsitzende (später Vereinsführer) Wagener der Partei beigetreten war, wiedergewählt zu werden. 1934 erfolgte die Gründung des Deutschen Reichsbundes für Leibesübungen (DRL), dem alle Turn- und Sportvereine angehörten. Im Dezember 1938 wurde der DRL in den Nationalsozialistischen Reichsbund für Leibesübungen (NSRL) überführt und damit Teil der Parteiorganisation der NSDAP. Damit hörte auch der letzte Rest an Vereinsautonomie auf.

Was zwischenzeitlich mit Ernst Frenkel im TV Lemgo geschah ist ungewiss. Ob er noch Mitglied war oder schon vorher austrat? 1938 versuchte der TV Lemgo jedenfalls die Erinnerung an Ernst Frenkel auszulöschen. Auf einer Fotografie aus dem Jahr 1927, die in einer Festschrift des Vereins für 1938 verwendet wurde, hatte man versucht, das Gesicht Ernst Frenkels auszukratzen. In den Festschriften nach 1945 taucht beim selben Foto Frenkel wieder auf. Im Turnverein Lage gab es 1937 einen ähnlichen Fall mit dem langjährigen und jüdischen Mitglied Max Werthauer. Ernst Frenkel wurde 1938 im Zuge der Reichspogromnacht verhaftet, kam nach Buchenwald und wurde im Gesicht von einem KZ-Wachmann mit einem Gewehrkolben schwer verletzt. 1943 wurde er im Warschauer Ghetto ermordet.

Als sicherlich prominentester Verein in Lemgo kann die damalige Freischießen-Gesellschaft, heute „Schützengesellschaft“, gelten. In ihr fanden sich die Honoratioren der Stadt, insbesondere aus dem bürgerlich-konservativen und bürgerlich-liberalen Parteienspektrum wieder. Bürgermeister Gräfer, durch sein Amt geborenes Mitglied des Verwaltungsrates, traf hier auf Vertreter der „Stadtelite“. Im Verwaltungsrat und Vorstand der Gesellschaft traten insbesondere der Arzt Dr. Jenner und der Möbelfabrikant Noah hervor.

Die politischen Veränderungen nach dem 30. Januar und 5. März wurden von Dr. Jenner am 22. März 1933 mit Freude und Begeisterung aufgenommen; man wollte an der „Stärkung deutschen Nationalbewußtseins“ gerne mitwirken. In dieser Sitzung wurde auch die Abhaltung eines besonderen Schützenfestes für 1933 beschlossen, abweichend vom sonst üblichen 2-jährigen Turnus und ungeachtet der finanziellen Probleme der Gesellschaft. „Nationale“ Erwägungen schienen dabei durchaus eine Rolle gespielt zu haben, als man das „Schützenfest der nationalen Erhebung“ (Gräfer) feierte. Beim Schützenfest im Sommer 1933 nahmen auch Gauamtsleiter Steinecke und Staatsminister Riecke teil. 1935 wurde Staatsminister Riecke jedoch nicht mehr zum Schützenfest eingeladen und der teilnehmende NSDAP-Kreisleiter Prüßner sollte bei der Parade auf dem Marktplatz keine Rede halten. Aus einer anderen Sitzung vom 20. April 1933 geht hervor, dass auf Anregung von

Unter dem Hakenkreuz – Lemgo zwischen „Machtergreifung“ und Volksgemeinschaft
Kommerzienrat Kracht ein Gedenkstein für Adolf Hitler gespendet und am selben Tag (Geburtstag des Führers) vor dem Schützenhaus eingeweiht wurde. Der Stein sollte an die Auftritte Hitlers in Lemgo 1932 und 1933 erinnern. 1939 wurde der Stein durch eine Plakette ersetzt. In dieser Sitzung wurde auch der Austritt von Hilmar Kabaker aus dem Vorstand bekannt gegeben, dem bis zum 6. Juni 1933 noch weitere folgen sollten. In den folgenden Jahren gingen die Mitgliederzahlen der Gesellschaft zurück. 1938 verloren im ganzen Reich die Schützengesellschaft ihre Selbstständigkeit und wurden in den Reichsbund für Leibesübungen eingegliedert. Mit der Aufnahme in den Reichsbund trat W. Noah als Vereinsführer an die Stelle des vorherigen Vorstandes. Ein Ältestenrat und ein Beirat von 17 Personen, die nicht mehr gewählt, sondern vom Vereinsführer ernannt wurden, sollten eine nur noch beratende Funktion ausüben.

Bei der Gründung der „Freiwillige Krieger-Sanitätskolonne vom Roten Kreuz Lemgo“ im Jahr 1911 wirkte, als Ausnahme unter den sonstigen Vereinen, der jüdische Adolf Sternheim als Initiator und Gründer mit. Hervorgegangen war diese Kolonne aus den örtlichen Kriegervereinen. In Lemgo hat es bis dahin nur einen „Vaterländischen Frauenverein vom Roten Kreuz“ (seit 1873) gegeben, deren weibliche Mitglieder aus dem Bürgertum sich um das damalige Krankenhaus im ehemaligen Brüdertempel kümmerten. Erster Vorsitzender und Kolonnenführer der Kolonne wurde Sternheim, in dessen Haus der Erste-Hilfe-Unterricht und Übungsabende abgehalten wurden. Insbesondere der Krankentransport, zunächst mit einer Bahre oder Pferdewagen und dann ab 1929 mit einem umgebauten LKW, gehörte zu den Aufgaben der Kolonne.

In der NS-Zeit hatten sich die Erwartungen der neuen Machthaber an das Deutsche Rote Kreuz (DRK) gewandelt. Die bisherige Tätigkeit im Bereich der freiwilligen Wohlfahrtspflege sollte durch eine Unterstützung des Heeressanitätsdienstes im Falle der Mobilmachung ersetzt werden. Innerhalb des DRK sah man offensichtlich eine Gefährdung durch die Politik der NSDAP und es folgten Zeichen der Ergebenheit gegenüber der politischen Führung. Missliebige Mitglieder wurden aus den Positionen verdrängt. In Lemgo trat in der Vorstandssitzung vom 12. April 1933 nach 32jähriger Tätigkeit auch Adolf Sternheim mit bewegenden Worten als Kolonnenführer zurück. Sternheim blieb zunächst inaktives Mitglied. Auf einer Rot-Kreuz-Ärzte- und Führertagung am 12. Mai 1933 in Bad Salzuflen wurde dann für Lippe offiziell die Mitgliedschaft von Juden ausgeschlossen; ihre Rechte an der Sterbekasse blieben zunächst erhalten. Dieser Beschluss wurde Sternheim persönlich mitgeteilt, der es übernahm, seine jüdischen Kameraden Gumpel und Ernst Frenkel auch davon in Kenntnis zu setzen. 1935 wurden dann Sternheim und Gumpel gänzlich aus der Mitgliederliste gestrichen. Bei Ernst Frenkel war dies bereits im Mai 1933 der Fall. Die Tonlage innerhalb der Lemgoer Sanitätskolonne änderte sich ab 1933. Man unterschrieb mit „Heil Hitler“ in den Protokollen, das Hakenkreuz wurde in die Briefköpfe des DRK eingefügt und eine neue Dienstkleidung, die sich an

Unter dem Hakenkreuz – Lemgo zwischen „Machtergreifung“ und Volksgemeinschaft
die NS-Uniformen anlehnte, eingeführt. Disziplin und militärischer Drill wurden angemahnt. 1935 wurden Mindestmitgliederzahlen für die Kolonnen festgelegt, die in Lippe von keiner Kolonne erfüllt wurde. Deshalb bildete man für jeden der beiden lippischen Kreise eine Kolonne, denen die bisherigen Kolonnen als Halbzüge angegliedert wurden. 1938 erfolgte eine nochmalige Umorganisation des DRK. Sämtliche bis dahin selbständigen Gliederungen wurden aufgelöst und aus dem Vereinsregister gelöscht. Aus dem Verein wurde eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. In Lemgo bildete sich die DRK-Ortsgemeinschaft Lemgo mit der „männlichen Bereitschaft“ und der „weiblichen Bereitschaft (ehemals Vaterländischer Frauenverein). Führerprinzip, Parteizugehörigkeit bei Ämtern und „arische Abstammung“ für die Mitgliedschaft waren nun geltende Prinzipien. Adolf Sternheim und seine Frau Lina sowie Ernst Frenkel wurden im Juli 1942 nach Theresienstadt deportiert. Nur Adolf Sternheim kehrte 1945 wieder dauerhaft nach Lemgo zurück und engagierte sich beim Aufbau des Rotes Kreuzes in Lemgo.

Anhang

Chronologie der Judenverfolgung (Gesetze)

30.01.1933 Machtübernahme der NSDAP.

15.03.1933 Juden aus Osteuropa wurde die Einwanderung nach Deutschland verboten. Osteuropäische Juden, die sich ohne Aufenthaltserlaubnis in Deutschland aufhielten, wurden ausgewiesen.

01.04.1933 Boykott jüdischer Geschäfte.

07.04.1933 Entlassungen jüdischer Beamter nach so genanntem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (außer Frontkämpfer aus dem 1. Weltkrieg)

04.10.1933 „Schriftleitergesetz“. Berufsverbot für jüdische Redakteure.

15.09.1935 „Nürnberger Gesetze“. Reichsbürger waren danach ausschließlich Staatsangehörige mit „deutschem oder artverwandtem Blut“.

15.09.1935 „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“: Verbot von Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes“.

14.11.1935 Jüdische Kinder dürfen nicht mehr mit deutschen Kindern denselben Sportplatz oder dieselbe Umkleidekabine benutzen.

14.11.1935 Erste Durchführungsverordnung zum Reichsbürgergesetz: Ausschluss der Juden vom Wahlrecht und von der Ausübung öffentlicher Ämter.

30.09.1935 Alle jüdischen Richter und Staatsanwälte wurden beurlaubt.

13.12.1935 Jüdischen Medizinerinnen wurde die Bestallung versagt.

03.04.1936 Zulassungsverbot für jüdische Tierärzte.

29.06.1936 Berufsverbot für jüdische Devisenberater.

13.02.1937 Berufsverbot für jüdische Notare.

08.10.1937 Zulassungsverbot für Juden als Apotheker.

25.07.1938 Jüdische Ärzte verlieren die Approbation.

23.07.1938 Juden mussten bis zum 31. Dezember eine Kennkarte beantragen, die sie als Juden auswies.

17.08.1938 Juden mussten den Zwangsvornamen „Sara“ und „Israel“ annehmen.

05.10.1938 Reisepässe von Juden wurden eingezogen und nach erschwerter Neuausgabe mit einem „J“ versehen.

01.12.1938 Berufsverbot für jüdische Rechtsanwälte.

9./10.11.1938 Novemberpogrom. Jüdische Geschäfte, Synagogen und Bethäuser wurden geplündert und angezündet; Juden wurden überfallen, misshandelt, verhaftet und ermordet.

Unter dem Hakenkreuz – Lemgo zwischen „Machtergreifung“ und Volksgemeinschaft

12.11.1938 Juden wurde der Besuch von Theatern, Kinos, Konzerten und Ausstellungen verboten.

Juden durften keine öffentlichen Verkehrsmittel benützen.

15.11.1938 Jüdischen Kindern wurde verboten, eine Schule zu besuchen, in der „arische“ Schüler unterrichtet wurden.

23.11.1938 Jüdische Betriebe wurden aufgelöst und abgewickelt.

28.11.1938 Juden konnte untersagt werden, bestimmte Orte zu festgelegten Zeiten aufzusuchen.

03.12.1938 Juden wurden Führerscheine und Zulassungspapiere für Kraftfahrzeuge entzogen.

03.12.1938 Juden mussten ihre Betriebe verkaufen, ihre Wertpapiere und Schmucksachen abliefern.

17.01.1939 Berufsverbot für jüdische Zahnärzte, Tierärzte und Apotheker.

21.02.1939 Juden hatten Gegenstände aus Gold, Platin oder Silber sowie Edelsteine und Perlen innerhalb von zwei Wochen an die vom Reich eingerichteten Ankaufstellen abzuliefern.

30.04.1939 Juden verloren den Mieterschutz.

04.07.1939 Juden mussten sich in einer „Reichsvereinigung der Juden“ zusammenschließen.

01.09.1939 Nächtliche Ausgangsbeschränkungen für Juden.

Die Liste ist sicherlich nicht vollständig und lässt sich für die Zeit des Zweiten Weltkrieges noch fortsetzen.